

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Bundesregierung  
– Drucksache 16/10720 –**

### **Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen**

#### **A. Problem**

Die umfassende Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist weiterhin eine der zentralen Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat zuletzt in seiner Resolution 1883 (2008) vom 22. September 2008 seine fortdauernde Unterstützung für die internationalen Bemühungen zur Terrorismusbekämpfung im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen bekräftigt.

Die Bekämpfung des Terrorismus ist nicht primär eine militärische Aufgabe und erfordert weiterhin umfassende Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur wirksamen Beseitigung der gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Umstände, die das Entstehen von Terrorismus begünstigen. Die fortbestehende Bedrohungslage und die diese eindämmenden Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft erfordern aber auch künftig die lageabhängige Bereitstellung ausgewählter militärischer Fähigkeiten, wie sie im Rahmen der Operation ENDURING FREEDOM (OEF) sowie der Operation ACTIVE ENDAVOUR (OAE) erfolgt.

Mit dem vorliegenden Antrag beantragt die Bundesregierung die Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, für weitere 13 Monate über den 15. November 2008 hinaus.

Das Mandat der Einsätze der Bundeswehr am Horn von Afrika im Rahmen von OEF und im Mittelmeer im Rahmen von OAE soll unverändert fortgeschrieben werden. In Afghanistan soll als Konsequenz aus der Schwerpunktverlagerung von OEF zu ISAF auf die weitere Bereitstellung von 100 Spezialeinheiten verzich-

tet und das zukünftige deutsche militärische Engagement auf ISAF beschränkt werden. Der Verzicht auf die Landkomponente OEF Afghanistan führt zu einer entsprechenden Beschränkung des Einsatzgebiets auf die für die Durchführung der Seeoperationen erforderlichen Gebiete. Die Personalobergrenze wird von 1 400 auf 800 Soldatinnen und Soldaten abgesenkt.

#### **B. Lösung**

Der Abgeordnete Willy Wimmer (Neuss), CDU/CSU, gibt zu Protokoll, dass er sich nicht an der Abstimmung beteilige.

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 der Geschäftsordnung in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/10720 anzunehmen.

Berlin, den 5. November 2008

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Ruprecht Polenz**  
Vorsitzender

**Eckart von Klaeden**  
Berichterstatter

**Gert Weisskirchen (Wiesloch)**  
Berichterstatter

**Dr. Werner Hoyer**  
Berichterstatter

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichterstatter

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Eckart von Klaeden, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/10720** in seiner 185. Sitzung am 4. November 2008 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie gemäß § 96 GO dem Haushaltsausschuss überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 116. Sitzung am 10. November 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 91. Sitzung am 4. November 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 5. November 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Frak-

tion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 4. November 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

### III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 5. November 2008 beraten und empfiehlt vorbehaltlich der Stellungnahmen des Rechtsausschusses und des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der Abgeordnete Willy Wimmer (Neuss), CDU/CSU, gibt zu Protokoll, dass er sich nicht an der Abstimmung beteilige.

### IV. Beratung im Haushaltsausschuss

Der **Haushaltsausschuss** nimmt gemäß § 96 GO in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 5. November 2008

**Eckart von Klaeden**  
Berichterstatter

**Gert Weisskirchen (Wiesloch)**  
Berichterstatter

**Dr. Werner Hoyer**  
Berichterstatter

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichterstatter

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatterin